

Einführung eines steuerfinanzierten Zuschusses – insbesondere Personen mit niedrigem Einkommen finanziell überfordert zu werden“, schreiben die Gesundheitsökonominnen.

In der Schweiz wird die seit 1996 geltende Versicherungspflicht streng überprüft. Gemeinden gleichen Melderegister und Daten der Krankenkasse ab, Versicherungsunwillige können zwangsweise versichert werden. Formaljuristisch gibt es daher keine Eidgenossen ohne Versicherungsschutz. Doch tatsächlich ist das Problem auch in der Schweiz eher verschoben als vollständig gelöst: Eine wachsende Zahl von Versicherten unterliegt der so genannten „Leistungsstrierung“: Weil sie mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, haben sie keinerlei Anspruch auf Versicherungsleistungen, ein Zwangsvollstreckungsverfahren läuft. Erst wenn darin offiziell festgestellt wird, dass die säumigen Versicherten zahlungsunfähig sind, springt der Staat bei den Versicherungsprämien ein. Bis dahin können 8 bis 24 Monate vergehen.

Auf Basis der Erfahrungen im In- und Ausland sehen die Gesundheitsökonominnen aus Essen und Fulda zwei zentrale Ansatzpunkte, um die Versicherungspflicht in Deutschland effektiver zu machen:

- ▶ Weiterer Abbau von Barrieren. So sollte in der GKV auf die Nachforderung rückständiger Beiträge seit Beginn der Versicherungspflicht verzichtet werden. In der PKV befürworten die Wissenschaftler für den Basistarif ein gesetzliches Verbot von Wartezeiten, bis der Versicherungsschutz gilt.
- ▶ Konsequente Überwachung der Versicherungspflicht, etwa durch einen Abgleich von Meldedaten und Versichertenlisten. Als ultima ratio müsse die kontrollierende Behörde die Möglichkeit zur Zwangsversicherung haben.

Niederlande: Viele säumige Zahler



Quelle: Statistics Netherlands 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Auch säumige Versicherte müssen nach Analyse der Wissenschaftler mit Sanktionen rechnen. Diese dürften aber nicht dazu führen, dass der Versicherungsschutz komplett verloren geht. Die nach dem Gesundheitsreformgesetz der Großen Koalition bereits geltende Regelung sehen die Forscher als „sachgerechten Kompromiss“: Das Gesetz sieht vor, dass bei fortlaufendem Beitragsverzug das Versicherungsverhältnis ruht, Patienten mit akuten Schmerzen oder in Notfällen aber auf Kassenkosten behandelt werden. ◀

* Quelle: Stefan Greß, Anke Walendzik, Jürgen Wasem: Auswirkungen der Regelungen des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes auf Nichtversicherung im deutschen Krankenversicherungssystem, Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung, Fulda/Essen Oktober 2008
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Finanzpolitik

Konjunkturprogramm – aber richtig

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung ist zu klein und setzt falsche Schwerpunkte. Dabei gäbe es genug Spielraum für ein angemessenes Programm.

Eine koordinierte europäische Initiative zur Unterstützung der Konjunktur ist nach Analyse des IMK-Finanzexperten Achim Truger und des Berliner Finanzwissenschaftlers Dieter Vesper der richtige Weg: Durch ein entschlossenes fiskalpolitisches Gegensteuern aller EU-Staaten könne die Effektivität nationaler Konjunkturprogramme deutlich gesteigert werden – vorausgesetzt natürlich, Volumen und Struktur der einzelnen Pakete stimmen. Die bislang von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen sind allerdings unzureichend, so die Forscher.

Nach den Berechnungen der beiden Ökonomen wendet der Staat in den kommenden bei-

den Jahren rund 11 Milliarden Euro für das Programm auf: knapp 4 Milliarden 2009 und gut 7 Milliarden 2010. „Viel zu wenig, um spürbare Effekte auf Wachstum und Beschäftigung auszulösen“, so die Wissenschaftler.

Für weitgehend wirkungslos halten sie zudem die Wiedereinführung der beschleunigten Abschreibung für Unternehmensinvestitionen und die befristete Kfz-Steuerbefreiung für Neuwagen. Dagegen sehe die Regierung 2009 und 2010 jeweils nur etwas mehr als eine Milliarde Euro zur Aufstockung öffentlicher Investitionen vor, obwohl diese „konjunktur- und wachstumspolitisch hoch effektiv“ wirkten.

Dabei ist für eine konjunkturgerechte Finanzpolitik genug Spielraum vorhanden, so die Autoren. Der kleine Überschuss der Haushalte in diesem Jahr wird 2009 zwar wieder von einem Defizit abgelöst. Dieses bleibe aber weit unter den Defizitgrenzen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Das IMK hält für 2009 ein Wachstumspaket mit einem Volumen von mindestens 25 Milliarden Euro oder einem Prozent des BIP für nötig. Die Ökonomen empfehlen eine Kombination aus Maßnahmen, die ohne große Sickerverluste bereits ab dem ersten Halbjahr 2009 wirken könnten. Um schnell den privaten Konsum zu stützen, sollten Anfang kommenden Jahres alle Haushalte Barschecks erhalten. Für eine Auszahlung von etwa 125 Euro pro Person ver-

anschlagt das IMK rund 10 Milliarden Euro.

In der zweiten Jahreshälfte könnten dann die konjunkturstützenden Wirkungen vermehrter öffentlicher Investitionen greifen. Das IMK empfiehlt kurzfristig zusätzliche Investitionen von 10 bis 12 Milliarden Euro. Sie sollten schwerpunktmäßig in die Bildung fließen, und zwar sowohl in Ausbau und Sanierung von Kindergärten, Schul- und Hochschulgebäuden als auch in zusätzliche Stellen für Erzieher, Lehrer und Hochschullehrer. Auch sei es sinnvoll, über das Konjunkturprogramm hinaus die öffentlichen Investitionen dauerhaft um 25 Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen.

Quelle: Achim Truger, Dieter Vesper: Öffentliche Haushalte 2008/2009: Spielräume für ein Konjunkturprogramm unzureichend genutzt, IMK Report Nr. 33 November 2008

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de